

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928**

20.12.1928 (No. 298)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Spezialredakteur E. Krenz, Karlsruhe

Expedition: Karl-Friedrich-Str. Nr. 14, Karlsruhe. Vertikales: Nr. 953 und 954. Postfach: Nr. 3515

Bezugspreis: Monatlich 2.25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstags 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Str. 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Beitreibung, aus Kontostundenverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inhaber keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in vermindertem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antikliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

### Der Reichsbahnkonflikt

Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten?

Blättermeldungen, die von einem Rücktritt des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Simons im Zusammenhang mit dem Konflikt Reichsregierung — Staatsgerichtshof zu berichten wählten, glaubt der „Demokratische Zeitungsdienst“ bestätigen zu können; er schreibt dazu noch: Innerhalb der Reichsregierung habe niemand daran gedacht, den Reichsgerichtspräsidenten als Vorsitzenden des Staatsgerichtshofs oder den Staatsgerichtshof selbst in seiner Würde zu beeinträchtigen. — Die „Deutsche Allg. Ztg.“ bemerkt: Auch das Reichskabinett beschäftigt sich gegenwärtig mit der Lösung des Konflikts. Man hofft, einen Weg zu finden, der die täglichen Schwierigkeiten fürträumt und gleichzeitig es dem Reichsgerichtspräsidenten ermöglicht, seinen Entschluß zum Rücktritt zurückzunehmen. Reichsgerichtspräsident Dr. Simons hat als Vorsitzender des Staatsgerichtshofs seine angeforderte Beschwerde an den Reichspräsidenten inzwischen schriftlich überreicht. Dessen Entscheidung ist in einigen Tagen zu erwarten. Das Reichskabinett wird sich am morgigen Freitag erneut mit der Lage beschäftigen. In parlamentarischen Kreisen wird darauf verwiesen, daß eine Basis zu einer befriedigenden Verständigung zwischen Reichsgerichtspräsident und Reichskabinett um so notwendiger gefunden werden müsse, als die vom Reichsgerichtspräsidenten gerügte mangelnde Information offenbar nicht beabsichtigt und nur durch eine Vertiefung unglücklicher Umstände herbeigeführt worden sei.

### Sachsen und die Länderfrage

Die „Sächsische Staatszeitung“ Nr. 294 vom 18. Dez. 1928 berichtet über eine im Dresdener Wirtschaftsministerium abgehaltene Pressekonferenz, bei der die sächsische Regierung Gelegenheit nahm, ihre Stellungnahme zu dem Streit um die Länderfrage in der Reichsbahnverwaltung darzulegen.

Dort wies Ministerdirektor Dr. Klein darauf hin, daß das Verhalten des Reiches in diesem Streit wieder einmal deutlich erkennen lasse, wie vertriebene Rechte Sachsens einfach mit Füßen getreten werden.

Nachdem Oberregierungsrat Dr. Hünefeld eine Darstellung der Reichsfrage bis zum 1. Dezember gegeben hatte, teilte er weiter mit: „Nach am 8. Dezember schrieb die Reichsregierung an den Präsidenten des Staatsgerichtshofs, daß die Streitfrage sehr dringend wäre, und daß sie die Anträge der Länder nur in der mündlichen Hauptverhandlung beantworten werde. Weiter hieß es in dem Briefe, das Reich sei jederzeit bereit, vor dem Staatsgerichtshof über die verfassungsrechtliche Streitigkeit zur Hauptfrage zu verhandeln. Das konnte aber doch nur den Sinn haben, daß die Reichsregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofs abwarten wollte. Da traf am 14. Dezember die telegraphische Nachricht ein, daß das Reich die neuen Verwaltungsratsmitglieder ernannt habe.“

Im Anschluß an diese Mitteilungen führte Dr. Hünefeld weiter aus, daß der Einfluß der Schwerindustrie und der Kongerne im Verwaltungsrat über alle Massen stark geworden sei. Der Hinweis auf außenpolitische Gründe für die Maßnahme der Reichsregierung könne nicht als stichhaltig angesehen werden, da es wohl möglich gewesen wäre, mit der Ernennung bis nach dem 15. Dezember zu warten. Über die fünf Sitze im Verwaltungsrat hatte das Reich sich unter allen Umständen mit den Ländern einigen müssen. Auf dieser Forderung müßten die Länder und besonders Sachsen bestehen, da u. a. eine die sächsischen Verhältnisse auf schwerste schädigende Tarifpolitik der Reichsbahngesellschaft nicht grundlos zu befürchten sei. Das um so mehr, als ja schon die letzte Tarifserhöhung gänzlich selbständig ohne jede Zählungnahme mit dem Reichseisenbahnrat und den Ländern vorgenommen worden sei. Zum Schluß bemerkte Oberregierungsrat Dr. Hünefeld, daß Sachsen auf seinen Einfluß im Verwaltungsrat nicht verzichten könne.

### Die sächsische Klage

Die sächsische Regierung wird, wie gemeldet, die Eisenbahnabfindungsfrage vor den Staatsgerichtshof bringen. Als die Länderbahnen, darunter auch die sächsischen, 1920 auf das Reich übergingen, ist den Eisenbahnländern hierfür vom Reich eine Abfindung nach Maßgabe der Bestimmungen des Staatsvertrags vom 31. März 1920 zugesichert worden. Der Vertrag, den Sachsen auf Grund dieses Vertrags zu beanspruchen hatte, beziffert sich auf über 24 Milliarden Mark. In Anrechnung auf diese Abfindung hat das Reich schwebende und fundierte Schulden des Landes übernommen. Als Rest hierdurch nicht gedeckten Abfindung, als sogenanntes Restaufgeld, verbleibt ein Betrag von 865 Millionen Mark. Die wegen Befriedigung dieses Rechtsanspruchs seit mehreren Jahren geführten Verhandlungen haben bisher zu keinem Ergebnis geführt, da das Reich die Angelegenheit trotz der von Jahre zu Jahre immer dringender werdenden Vorstellungen hin- und hergeschoben hat. Da Sachsen bei seiner Staatskasse und den erheblichen Verpflichtungen, die auf seiner Staatskasse ruhen, nicht länger auf die ihm vertragsmäßig zustehenden erheblichen Einnahmen glaubt verzichten zu können, außerdem aber die Verzögerung von Zinsansprüchen mit Ablauf dieses Jahres erfolgt, hat es nunmehr Klage auf Feststellung der Verpflichtungen des Reiches erhoben. Sachsen hat hierbei die Aufwertung des Restaufgeldes verlangt und weiter gefordert, daß es in 30 Jahren getilgt und bis dahin mit 4% Prozent verzinst werde. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofs wird auch für die anderen Länder mit früherem Eisenbahnbesitz von wesentlicher Bedeutung sein.

### Auch Bayern will klagen

Wie die „München-Ansch.“ berichtet, will auch Bayern (ebenso wie Sachsen) in der Angelegenheit der nicht bezahlten Gelder für die Eisenbahn- und Postabfindung den Rechtsweg beschreiten.

Zu dem Streit über die Besetzung der Reichsbahnfrage nimmt nun die „Bayerische Staatsztg.“ außerordentlich scharf Stellung.

### Letzte Nachrichten

#### Vor der Entscheidung des Reichspräsidenten

Der Reichspräsident und der Reichsbahnkonflikt  
M. Berlin, 20. Dez. (Priv.-Tel.) Zu dem Konflikt des Staatsgerichtshofs und der Reichsregierung erfahren wir, daß die Entscheidung des Reichspräsidenten voraussichtlich noch im Laufe dieses Tages oder spätestens morgen erfolgen wird. Zur Zeit wird noch die Vorfrage geprüft, ob nach der Reichsverfassung überhaupt ein Eingreifen des Reichspräsidenten zulässig ist. Doch wird wohl diese Frage in bejahendem Sinn entschieden werden. Die Schwierigkeiten beruhen darin, daß, wenn Herr von Hindenburg sich auf die Seite des Reichskabinetts stellt, der Reichsgerichtspräsident Simons ungewiss ist auf seinem Entschluß zu bestehen, und daß im umgekehrten Fall eine Regierungskrise droht.

Reichspräsident von Hindenburg empfing gestern den Reichskanzler zu einer längeren Besprechung über die zur Zeit schwebenden politischen Fragen.

M. Berlin, 20. Dez. (Tel.) Reichsverkehrsminister von Güntard hat sich gegenüber dem „Dresdener Anzeiger“ über den Reichsbahnkonflikt ausgesprochen, worüber die „S. Z.“ berichtet:

Sollte ein Urteil des Staatsgerichtshofs zugunsten der Reichsregierung kommen, so würde sie sich ihre weiteren Maßnahmen vorbehalten müssen. Unter Umständen müßte die Darlegung der Sachlage entsprechend geändert werden, um zu vermeiden, daß ein Zustand eintrete, in dem die Stimmen der Reichsregierung im Verwaltungsrat der Reichsbahn nicht mehr ausreichend zur Geltung kommen. Über die prozedurale Seite des Konflikts erklärte der Minister: Die Reichsregierung werfe den Vorwurf weit von sich, daß sie sich irgendwelche Verletzung in prozeduraler Hinsicht habe zuschulden kommen lassen. Dem Reichsgerichtspräsidenten sei noch am 14. Dezember die vollzogene Ernennung der neuen Mitglieder des Verwaltungsrats telephonisch mitgeteilt worden. Dr. Simons habe am Telefon geäußert, daß er nun verziehen werde, am nächsten Tage in die Hauptverhandlung einzutreten, ohne daß er in diesem Gespräch nach den Gründen der Reichsregierung für diese Ernennung gefragt hätte.

### Der Sachverständigenausschuß

Formale Zugeständnisse Poincarés

M. Berlin, 20. Dez. (Priv.-Tel.) Zwischen Deutschland und Frankreich scheint sich ein Kompromiß in der Frage der Reparationskommission dahin zu vollziehen, daß Poincaré in einer Reihe von formalen Fragen nachgegeben hat. So hat er z. B. zugestanden, daß für den Fall, daß neben dem französischen Text die endgültigen Vereinbarungen auch in englischer Sprache abgefaßt werden sollten, Deutschland gleichfalls das Recht bekommt, diese Vereinbarungen auch in deutscher Sprache offiziell abzufassen. Ferner hat man sich dahin geeinigt, daß die Reparationskommission zwar die Ernennung der Sachverständigen vollzieht, dann aber aus den Verhandlungen ausscheidet. Ihr steht nur nachher vertragsgemäß das Recht zu, wenn die Regierungen ihre Entscheidungen getroffen haben, ihr Urteil über das Ergebnis der Daredression abzugeben, was natürlich in diesem Fall nur noch eine Formfrage wäre. Dagegen darf nicht verkannt werden, daß die formalen Zugeständnisse Poincarés die sachlichen Fragen überhaupt nicht berühren, und daß er in dieser Hinsicht von den übrigen Gläubigern Generalvollmacht hat.

### Die englische Industrieschutzpolitik

W. London, 20. Dez. (Tel.) Im Unterhaus sagte gestern eine Konferenz des nationalen Vollzugsausschusses der Arbeiterpartei und eines Ausschusses des Eisen- und Stahlverbandes (der alle Handlungszweige dieser Industrie vertritt) den Beschluß, eine Politik des Widerstandes gegen die Ausdehnung der Industrieschutzpolitik auf die Eisen- und Stahlindustrie zu unterstützen, mindestens solange, bis von Reich wegen einer Untersuchung der ganzen Lage der Industrie veranlaßt worden ist.

lung. Sie erklärt, daß die öffentliche Meinung in Bayern geschlossen hinter Baden, Württemberg und Sachsen stehe und genau so scharf das Vorgehen des Reiches verurteile, das in ungewöhnlicher Rücksichtslosigkeit vor der Entscheidung des Staatsgerichtshofes die Länder und auch die höchste Reichsinanz vor vollendete Tatsachen gestellt habe. Das Schlimmste sei freilich bei der ganzen Angelegenheit, daß die Länder Baden, Württemberg und Sachsen, selbst wenn sie beim Staatsgerichtshof ein obsequendes Urteil ertrieten würden, nun bis zum Schluß des Jahres 1930 auf die Erfüllung ihrer Ansprüche warten müßten.

### \* Die Sachverständigenkommission

Die Besprechungen zwischen dem französischen Ministerpräsidenten und dem deutschen Botschafter in Paris haben das eine Gute gehabt, daß sie die Schwierigkeiten aus dem Wege räumten, welche bisher der Einberufung der Kommission noch entgegenstanden. Die große Öffentlichkeit ist sich gar nicht darüber klar geworden, daß diese Einberufung noch vor einigen Tagen zweifelhaft war. Denn Poincaré hatte einen Standpunkt eingenommen, der Deutschland die Zustimmung vollkommen unmöglich machte. Wäre Poincaré bei diesem Standpunkt geblieben, so hätte die Kommission überhaupt nicht zusammenzutreten brauchen, da ihre Arbeiten von vornherein zwecklos gewesen wären.

Inwieweit Poincaré durch die Besprechungen in Lugano beeinflusst worden ist, wissen wir nicht. Aber wahrscheinlich ist es wohl, daß Briand im Sinne einer Wäpfung auf Poincaré eingewirkt hat. Ebenso wahrscheinlich hat die Haltung der Alliierten Poincaré zum Nachdenken angeregt. Wie neuerdings bekannt wird, haben die Alliierten Frankreich wissen lassen, daß sie an sich gegen die Wünsche Poincarés nichts einzuwenden hätten, wenn Deutschland sie akzeptiere. Von Deutschlands Zustimmung oder Ablehnung wurde also gewissermaßen das Verhalten der Alliierten abhängig gemacht. Zweifellos hätten sie sich bemüht, die Wünsche Poincarés zu korrigieren, wenn Deutschland abgelehnt hätte.

Dazu hat es der französische Ministerpräsident, der bekanntlich nicht nur ein eigenwilliger Doktrinär ist, sondern auch ein recht gewandter Politiker sein kann, erst gar nicht kommen lassen: er hat eingelenkt und damit die Einberufung der Sachverständigenkommission ermöglicht. Sie soll für Anfang Februar erfolgen. Das Einlenken ist vor allem darin zu erblicken, daß Poincaré sich damit einverstanden erklärt hat, daß die Sachverständigenkommission in aller Form auch die Zahlungsfähigkeit Deutschlands und im Zusammenhang damit die Leistungsfähigkeit seiner Wirtschaft zu prüfen hat.

Das ist zweifellos ein Gewinn. Aber wir sollten uns davor hüten, ihn zu überschätzen. Denn es besteht zum mindesten bei Frankreich die Absicht, diese Prüfung unserer Zahlungsfähigkeit so vornehmen und beenden zu lassen, daß womöglich eine Erhöhung der Annuitäten herausspringt! Gewiß, wir selbst können es uns nicht denken, daß eine Kommission von unabhängigen Sachverständigen einen so aberwitzigen, den nackten Tatsachen ins Gesicht schlagenden Beschluß fassen wird. Aber unmöglich ist er ja nicht. Und vielleicht hat Poincaré gewisse Hoffnungen, daß die Sachverständigenkommission im großen und ganzen den französischen Auffassungen Rechnung tragen wird. Ob und inwieweit eine solche Hoffnung begründet ist, das vermag heute gleichfalls niemand zu sagen.

Die Kommerzialisierung der deutschen Reparations-schuld wird der zweite wichtige Verhandlungsgegenstand der Kommission sein. Und der dritte Verhandlungsgegenstand heißt: Festsetzung der Endsumme. Hierüber gehen die Ansichten noch sehr auseinander, da man noch nicht weiß, welchen Zinsfuß man als Grundlage annehmen soll. Zimmerlin wird von einer Summe von 8-9 Milliarden Dollar, also etwa 35-38 Milliarden Goldmark, gesprochen.

Deutschland betrachtet solche Bezifferungen natürlich als Versuchsbollen. Denn ernsthaft kann wohl über eine derartig exorbitante Summe nicht diskutiert werden. Jedenfalls müßten das merkwürdige Sachverständige sein, die unter gerechter Berücksichtigung der wirklichen Wirtschaftslage Deutschlands einen derartigen Endbetrag herausrechnen wollten. Zu allem Überflus hat sich unsere Wirtschaftslage gerade in den letzten Monaten verschlechtert. Und es scheint so, als ob der Tiefpunkt noch nicht einmal erreicht ist.

Bürgermeisterwahl in Hamburg. Der erste Bürgermeister Dr. Petersen und der zweite Bürgermeister Noß wurden in der am Mittwoch in Hamburg vorgenommenen Wahl wiedergewählt.

Aus dem schweizerischen Nationalrat. Von über 70 Mitgliedern des schweizerischen Nationalrates wurde ein Antrag eingebracht, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, die Wiedergutmachung der Schäden zu verlangen, die Schweizer Bürger infolge des Weltkrieges durch Beschlagnahme oder Zerstörung erlitten und für die Fälle, in denen über die Schadenersatzpflicht mit den beteiligten Stellen keine Einigung erzielt werden kann, eine schiedsgerichtliche Entscheidung anzutreiben.



# Badischer Teil

## Vereinheitlichung der Flächen- und Gewichtsbezeichnungen

Von landwirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben: In einer Zeit, in der auf allen Gebieten der Landwirtschaft, besonders in Sortenfragen u. a. Vereinheitlichungen angestrebt werden, bedarf es auch einheitlicher Flächen- und Gewichtsbezeichnungen, Normen, die schon längst eingeführt sind und Allgemeingut sein sollten, aber es leider nicht sind. Geradezu erstaunlich ist es, wenn in Vorträgen, Aufsätzen, in Fachartikeln landwirtschaftlicher Zeitschriften, sogar in behördlichen Erlassen usw. dagegen gesündigt wird. Bisher mag hierin vielleicht noch die irrtümliche Ansicht vorherrschend gewesen sein, daß der Landwirt am ehesten auf seine eigenen ortsüblichen Bezeichnungen hört und damit bessere Vergleiche und Berechnungen anstellen kann. Demgegenüber muß jedoch behauptet werden, daß es zwar bequemer ist, Zahlenmaterial in ortsüblichen Ausdrücken zu hören, daß es aber hinsichtlich der Ausrechnungen usw. bedeutend schwieriger und lästiger ist, Zahlenangaben der verschiedenen Normen auf die jeweilige ortsübliche Bezeichnungswiese, wie Morgen, Vierling, Quadranten usw. umzurechnen, anstatt von der höchst einfachen und bestbewährten Norm, dem Ar (1 Ar = 100 qm) auszugehen und alle Zahlenangaben auf diese Flächeneinheit zu beziehen.

Angaben in Kilogramm, auf 1 Ar bezogen (an Stelle von Pfund und Zentnern auf Morgen und dgl.), kann jeder denkende Landwirt mühelos für seinen betreffenden Acker ausrechnen, dessen Größe in Ar ihm fast durchweg bekannt ist. Bei größeren Flächen sollten nur noch Angaben in Doppelzentner (1 Doppelzentner = 100 Kilogramm) pro Hektar (1 Hektar = 100 Ar) gemacht werden. Die Landwirte gewöhnen sich sehr rasch an diese einheitliche Ausdrucksweise. Es kann daher nicht genug empfohlen werden, namentlich den diesbezüglichen Stellen, die früheren, mehr lokalen und unständlichen Flächen- und Gewichtsbezeichnungen endlich aufzugeben und in Zukunft in Wort und Schrift nur noch die allgemein gültigen, oben erwähnten Ausdrucksweisen zu benutzen.

### Frühjahrsprüfung der Rechtskandidaten

Der Beginn der ersten juristischen Prüfung im Frühjahr 1929 ist auf 6. März in Aussicht genommen. Die Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats Februar 1929 in der vorgeschriebenen Form beim Justizministerium einzureichen.

### Abhaltung der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1929

Der Beginn der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1929 ist auf 17. April i. J. festgesetzt worden. Anmeldungen zu dieser Prüfung sind im Laufe des Monats März 1929 in der vorgeschriebenen Form beim Justizministerium einzureichen.

### Vertretertagung der Schwarzwaldbahnangehörigen

In Balingen fand eine Vertretertagung der Städte und Gemeinden an der Schwarzwaldbahn statt, die die Hebung des internationalen Durchgangsverkehrs zum Gegenstand der Beratung hatte. Es wurde gegen die Projekte Stellung genommen, die die Schwarzwaldbahn immer mehr auszufalten und damit das Wirtschaftsleben des Schwarzwaldes schwer zu schädigen drohen. Namentlich wurde auf die Gefahr hingewiesen, daß der ganze Nord-Südverkehr über Württemberg geleitet werde. Nachdem das Nandensbahnprojekt endgültig begraben ist, beschäftigte man sich hauptsächlich mit den vorgeschlagenen Plänen einer Oegaubahn und einer Biberaltbahn. Über letztere hielt der Schweizer Ingenieur Waldbogel einen eingehenden Vortrag. Die Bahn würde Verbindungen an der strategischen Wutachtalbahn mit Herblingen bei Schaffhausen verbinden und die Nord-Südlinie sowohl von Stuttgart, wie von Triberg her um ein beträchtliches verkürzen.

Zum Schluß wurde eine Entschließung gefaßt, die dem Badischen Landtag und der Regierung zugeleitet wird, und die besagt, daß die Interessengemeinschaft der Städte und Gemeinden an der Schwarzwaldbahn mit allem Nachdruck dahin vorstellt, daß die Schwarzwaldbahn in ihrer Bedeutung für den internationalen Durchgangsverkehr gefördert und nicht durch andere Projekte beeinträchtigt wird.

### Steuerstudium für Winzer

Der Badische Winzerverband wandte sich am 29. November mit einer Eingabe an das Landesfinanzamt Karlsruhe und suchte um zinslose Steuerstudien für diejenigen Winzer nach, die bisher nicht in der Lage waren, ihren Wein abzulassen.

Der Präsident des Landesfinanzamtes hat nun folgenden Bescheid erlassen: „Mit Rücksicht auf die Abfahrschwierigkeiten der Winzer habe ich keine Bedenken dagegen, daß die Finanzämter entsprechend ihrem Gesuch, den Winzern, die in der Hauptsache auf die Erträge ihres Weinbaues angewiesen sind, und ihre 1928er Weine noch lagern haben, die Reichs- und Landessteuern auf Antrag künden, und zwar gegebenenfalls auch zinslos. Die betr. Winzer müßten den Finanzämtern im einzelnen Falle den Nachweis erbringen, daß wirklich Abfahrschwierigkeiten bestehen, und daß sonstige Mittel zur Entrichtung der Steuern nicht zur Verfügung stehen. Die Finanzämter sind entsprechend anzuweisen.“ Der Badische Winzerverband empfiehlt daher allen Winzern auf die obiges zutrifft, sofort ein Gesuch an das zuständige Finanzamt zu richten.

### Tagungen

Turnwarttag in Mannheim. Die Kreisturnwarterversammlung der Deutschen Turnerschaft findet vom 24. bis 27. März in Mannheim statt. Zu dieser Tagung werden etwa 180 auswärtige Gäste erwartet.

Eine Milchzentrale in Müllheim. In Müllheim fand eine Besprechung des landwirtschaftlichen Vereins statt, bei der die Gründung einer Milchzentrale für den ganzen Bezirk geplant wurde. Man beabsichtigt, eine gute neuzeitliche Molkereierichtung herzustellen, in der die Milch gesammelt wird und zu Qualitätsbutter verarbeitet wird.

### Bad. Landesverband gegen den Alkoholismus

Nach vorausgegangener Sitzung des Arbeitsausschusses versammelte sich Montag nachmittag der Landesauschuß der Badischen Landesverbände gegen den Alkoholismus e. V. (Eig. Karlsruhe) zu einer ordentlichen Tagung im großen Sitzungssaal der Handelskammer zu Karlsruhe. Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, begrüßte die Versammlung, insbesondere die Vertreter der Stadt, der Behörden und Organisationen.

Darauf erstatteten die Vorsitzenden der Sonderausschüsse ihren Tätigkeitsbericht. Dr. Neumann, Karlsruhe, schilderte die Entwicklung der offenen Trinkerheilstätte Reichenau, die 1905 für männliche Kranke gegründet wurde. Besetzung, Ab- und Zugang lassen leider darauf schließen, daß die Zahl der Trunksüchtigen im Wachstum begriffen ist. Gegenwärtig ist die Anstalt mit 81 Pflegelingen belegt. Im Laufe des Jahres waren 90 Pflegelinge eingetretten, 65 kamen bisher zur Entlassung, davon etwa die Hälfte auf ordnungsmäßigem Wege, d. h. nach sechsmonatlicher Heilbehandlung, während die anderen gegen den Willen der Leitung die Anstalt verließen. 17 frühere Trinker üben nun völlige Enthaltensamkeit. An den Gebäulichkeiten wurden verschiedene Verbesserungen und Verschönerungen durchgeführt. Zur Beschäftigung der Pflegelinge auch im Winter soll die Viehwirtschaft eingerichtet werden.

Prof. Jung berichtete über die Organisation der Trinkerfürsorge. In Baden bestehen 7 Trinkerfürsorgestellen. Man will in Zukunft öfters Trinkerfürsorgekonferenzen abhalten und vertritt sich davon manchen Erfolg. Der Heil- und Pflegeanstalt Konstanz ist eine geschlossene Trinkerheilstätte angegliedert. Das Haus Seeburg auf der Reichenau. Die Einweisung und Festhaltung geschieht nach den Bestimmungen des Irrengesetzes. Die Zusammenarbeit zwischen den Fürsorgestellen und Behörden war erfreulich. Der Berichterstatter erwähnte dabei besonders die Unterstützung durch die Ministerien des Innern und der Justiz. Im vorigen Jahre wurden insgesamt 10 616 Fälle behandelt, dieses Jahr bereits 10 488 Fälle. Dabei ist zu berücksichtigen, daß von Freiburg und Heidelberg die Zahlen noch fehlen und auch das letzte Vierteljahr noch aussteht. — Obermedizinalrat Dr. Hämer kam auf die Spezialabteilung für Trinkerfürsorge an der Anstalt Reichenau zu sprechen und betonte, daß man zu einem progressiven Erziehungssystem kommen müsse. Dazu bedürfte es des Hand-in-Gand-Arbeitens der Fürsorgestellen und der physischen Berater. Anzustreben sei mit der Zeit die Trinkerverbannung. Diese Ausführungen wurden von Karlsruher Direktor Baumeister, Freiburg, lebhaft unterstützt.

Landeswohlfahrtsrat Werner erstattete Bericht über die Tätigkeit des Sonderausschusses für Aufklärung, wobei er auch auf die Mitwirkung der Presse appellierte. Der neue Geschäftsführer, Direktor Fahrbruch, entwickelte ein umfangreiches Programm, nach welchem die Aufklärung durchgeführt werden soll. Es sind bereits an 55 Mittelschulen vor 5 bis 6000 Schülern Vorträge gehalten worden. Reichsbahn und Post haben Erlasse herausgegeben über die Enthaltensamkeit im Dienste. Es soll eine Lehrtafel für Aufklärung an Volksschulen und Fortbildungsschulen erected werden. — Der Vorsitzende, Ministerialdirektor Dr. Fuchs, sprach in diesem Zusammenhang der badischen Unterrichtsverwaltung den Dank für ihr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber der Verbandsarbeit aus, unter Hervorhebung der besonderen Verdienste des Oberregierungsrats Brohmers. Er bemerkte noch, daß ein Sonderauschuß für alkoholfreie Jugendberziehung eingesetzt und an dessen Spitze Prof. Dr. Mittelstraß vom Innerministerrium treten soll. — Rfarrer, Künstler, Ladenburg, konnte über beachtenswerte Erfolge des Sonderausschusses für gärungslose Früchteverwertung berichten.

Es folgte die Verlesung der Rechnung des Jahres 1927 und darauf die Beratung des Voranschlags für 1929, der in Einnahmen und Ausgaben mit 44 900 M abschließt, worunter sich ein Zuschuß des Staates von 13 600 M und des Reiches von 21 500 M befindet. Der feierliche Vorstand wurde wiedergewählt mit der Änderung, daß an Stelle Dr. Englers, Dr. Kahn als zweiter Vorsitzender tritt.

### Aus den Parteien

Eine deutsch-volksparteiliche Tagung fand am Samstag und Sonntag in Karlsruhe statt. Der Landesauschuß billigte die Kandidatenliste für die Landtagswahlen einstimmig. Der Landesvorsitzende, Rechtsanwalt Steinel, behandelte badische Zukunftfragen. Die Frage des Einheitsstaates sei unter dem Gesichtspunkt der Vereinheitlichung der Verwaltung zu betrachten. Dabei soll aber nicht vergessen werden, daß sich trotz dieser zwangsläufigen Entwicklung die Grenzen der Einzelländer nicht einfach von der Landkarte wegwischen lassen. Die kulturellen Werte der Einzelländer seien unbedingt zu erhalten. In steuerlicher Beziehung könne man die Länder nicht mehr so selbstständig machen wie früher. Das oberste Gebot bei all diesen Fragen sei die Erhaltung des Reiches. Mit Steuererhöhungen müsse nun endlich einmal Schluß gemacht werden. Die Gebäudesondersteuer müsse verschwinden. Die Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse im badischen Staat sei dringend notwendig. Notwendig sei eine Änderung der Gemeindeordnung. Die Landtagsperioden müßten erheblich eingeschränkt werden, so daß der Landtag höchstens zwei Monate im Jahre tage. Landtagsabgeordneter Dr. Mattes berichtete über die Tätigkeit der Fraktion. Die Deutsche Volkspartei lehne jeden Gedanken an einen sogenannten Kulturkampf entschieden ab. Was die Frage der Vereinheitlichung des Staatswesens anbelangt, stellte sich der Redner auf den Standpunkt, daß es Aufgabe sein müsse, lebensfähige Einzelstaaten zu schaffen. Wenn man die Steuerbereinigung ernstlich in Angriff nehmen wolle, dann müsse man erst ein größeres einheitliches Südwestdeutschland schaffen.

### Gemeinderundschau

Aus dem Kreisrat Karlsruhe. Vorbehaltlich der Zustimmung der Kreisversammlung erhält die Gemeinde Mühlbach zu den Kosten der von ihr ausgeführten Entwässerungen und Straßenverbreiterungen einen Kreisbeitrag von 2760 Reichsmark zugesagt. Für den Bezirk der Kreislandwirtschaftsschule Bretten ist die Bildung eines häuslichen Versuchings angeregt worden. Falls die Gründung zustande kommt, erklärt sich der Kreisrat bereit, den 2. Fachlehrer an der Kreislandwirtschaftsschule als Versuchungshelfer zur Verfügung zu stellen. Im Jahre 1928 sind durch Vermittlung der Kreisorgane 4167 Stück Obstbäume bezogen worden. Der Anlauf der Obstbäume wurde durch Kreisbeiträge in Höhe von 880 Reichsmark verbilligt. Für gute Erhaltung werden auf Vorschlag der Beschäftigungskommission Kräutern an die Erbhälter im Betrage von zusammen 4180 Reichsmark gewährt. Dem zu gründenden Landesverband zur Bekämpfung des Krebses tritt der Kreis als Mitglied bei.

Der neue Heidelberger Oberbürgermeister Dr. Reinhaus wird sein Amt am 1. Februar antreten.

Zur Erschließung neuen Baugebietes in Weingheim hat der Stadtrat von der Maschinenfabrik Badenia ein Areal von 51 323 Quadratmeter käuflich erworben. Das so gewonnene Baugebiet genügt, um diejenige Zahl von Kleinwohnungen zu erstellen, die zur Deckung des jetzigen Bedarfs und desjenigen der nächsten Jahre ausreichen wird. Der Maschinenfabrik Badenia wird ein Einheitspreis von 5,60 M für den Quadratmeter bezahlt; das ganze Gelände stellt sich dann auf 287 408 Reichsmark. Auf dem zu erwerbenden Gelände stehen fünf große Maschinenhallen der „Badenia“. Von diesen sollen die östliche und die nördliche ebenfalls durch die Stadt gekauft werden zum Preise von je 13 500 M. In die erstere der beiden Hallen soll der Weingheimer Obstdrohmarkt verlegt werden. Gleisanschlüsse zur Reichsbahn und zur OEG lassen sich leicht herstellen.

Die Forstheimer Hindenburg-Brücke. Eines der interessantesten Bauwerke der Neuzeit, die neue Nagoldbrücke in Forstheim, wurde mit einer schlichten Feier dem Verkehr übergeben. Anwesend waren Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden. Oberbürgermeister Gündert würdigte das Ereignis in längerer Rede. Der Bau kam auf rund 600 000 M zu stehen. Er wurde von Stadtbaurat Seibel durchgeführt. Die Brücke, die größte Stahnbalkenbrücke in Deutschland, wurde nach dem Reichspräsidenten von Hindenburg benannt.

Der Gemeinderat Eisingen und die Beamtengehälter. Vor etwa 3 Wochen hat der vor zwei Jahren gewählte Gemeinderat von Eisingen sein Amt niedergelegt. Der Grund ist lt. „Forsch. Anz.“, daß der Gemeinderat die den Gemeindebeamten zustehenden Gehälter nicht bewilligen wollte. Die Beamten hatten sich dann an den Schlichter gewandt, der ihre Forderungen als berechtigt ansah, so daß der Gemeinde nichts anderes übrig blieb, als die Gehälter zu bezahlen. In der Bürgerausschussung am Freitag, den 14. Dezember, fand darauf die Wahl des neuen Gemeinderats statt. Das Ergebnis war das gleiche wie bei der letzten Wahl, die bürgerlichen Parteien sowie die Arbeiterpartei erhielten je drei Sitze.

70 Jahre Freiwillige Feuerwehr Donaueschingen. Die Freiwillige Feuerwehr Donaueschingen feierte am vergangenen Samstag in einer schlichten Feier ihr 70jähriges Bestehen, an der Vertreter der staatlichen und städtischen Behörden sowie Vertreter der Reichswehr, ferner Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes, des Kreises und der Bezirksfeuerwehreininspektion teilnahmen. Heute besitzt die Donaueschinger Feuerwehr moderne Löschgeräte, die Autospritze und die Motorspritze. Ihre Schlagfertigkeit hat des Öfteren von sachverständiger Seite große Anerkennung gefunden. Sehr große Verdienste um die Wehr hat sich der derzeitige Kommandant Baumeister, der im Lande Baden als vorzüglicher Organisator gilt, erworben. Der Badische Landesfeuerwehrverband ehrt ihn durch Verleihung des Feuerwehrehrenkreuzes mit blauem Band.

Der Gemeinderat St. Blasien beschloß, an die Reichsbahndirektion Karlsruhe wegen Überlassung von drei Räumen im ehemaligen Amtsgefängnis heranzutreten zur Unterbringung des Ortsarrestes und des Obdachlosenlokals. An dem Erwerb weiterer Abteiler aus dem ehemaligen Kloster St. Blasien, die in der letzten Zeit zum Kauf angeboten worden sind, hat die Gemeinde grundsätzlich Interesse. Die Verhandlungen über den Erwerb dieser Abteiler sollen fortgesetzt werden.

Bürgermeisterwahlen. In Birndorf (Amt Waldbühl) wurde der bisherige Bürgermeister Wette wiedergewählt. Er erhielt von 194 Stimmen 115. — Die Bürgermeisterwahl in Ehrberg verlief ergebnislos. Es waren drei Kandidaten aufgestellt. Der bisherige Bürgermeister Langendorf erhielt 60 Stimmen, seine beiden Gegenkandidaten 50 bzw. 40.

### Aus der Landeshauptstadt

Karlsruhe als Kongreßstadt. Die Hauptversammlung des Landesvereins Baden für Vermessungswesen findet im Frühjahr in Karlsruhe statt. — In der zweiten Hälfte des September werden sich in der Landeshauptstadt etwa 5-600 Teilnehmer zu einer Deutschen Haupttagung für wirtschaftliches Bauen einfinden, womit eine Wohnungsausstellung verbunden sein soll.

Weihnachts- und Neujahrsverkehr. Zur Bewältigung des gesteigerten Verkehrs an Weihnachten und Neujahr 1928/29 hat die Reichsbahndirektion Karlsruhe an ihre Stellen eine besondere Anweisung herausgegeben und vor allem für eine reichliche Anzahl von Sonderzügen für die Zeit vom 14. Dezember bis 8. Januar Sorge getragen.

Badisches Landestheater. Die Weihnachtstage und die ihnen folgende Zeit sehen im Badischen Landestheater ein reichhaltiges Programm vor. Der erste Weihnachtstag wird die Oper „Die Meistersinger von Nürnberg“ von Wagner in einer Neueinstudierung bringen, die musikalisch von Generalmusikdirektor Jos. Krüps, szenisch von Oberspielleiter Otto Krauß geleitet sein wird, und deren neue malerische Ausstattung von Lorfen Hecht stammt. Die technische Einrichtung hat Rudolf Walat besorgt. — Am zweiten Weihnachtstag wird neuinstudiert die nie verlagene Operette von Suppé „Boccaccio“ gegeben unter der Leitung von Jos. Krüps, unter der Regie von Otto Krauß. — Das Schauspiel wird in den beiden Weihnachtstagen Wiederholungen des beliebigen Lustspiels „Arm wie eine Kirchenmaus“ und des übermütigen Schwanks „Der Fußballkönig“ bringen, sowie am Nachmittag des zweiten Weihnachtstages das Weihnachtsmärchen „Kasperle auf Weihnachtsurlaub“. Das Lustspiel „Perlenfomdrie“ wird am Donnerstag wiederholt werden, die Novität „Herr Lamberthier“ von Verneuil, für die zwei Besetzungen vorgesehen sind, kommt am Sonntag, den 30. Dez., im Konzerthaus zur Ausführung. Am Silvesterabend wird eine Vorstellung zu halben Preisen Molnars beliebtes „Spiel im Schloß“ im Landestheater bringen. In Vorbereitung für den 3. Januar ist Shakespeares „König Lear“, mit Felix Baumhach in der Titelrolle, inszeniert von Intendant Dr. Baag. — Die Oper bringt am 30. Dez., nachm., für die Auswärtigen „Lobengrin“. Am Neujahrstag wird in der neuen Ausstattung Wagners „Die Meistersinger von Nürnberg“ wiederholt. Vorbereitet wird für den 6. Jan. 1929 Mozarts „Figaros Hochzeit“, musikalisch geleitet von Rud. Schwarz, inszeniert von Otto Krauß.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landesweiterwerke Karlsruhe. Der ostweillich sich erstreckende Hochdruckgürtel ist seit gestern durch das Teiltief bei den britischen Inseln über das Festland nach Süden gedrängt worden. Da das Teiltief voraussichtlich über die Ostsee nach Osten weiterziehen wird, ist bei uns mit Unterbrechung der bisher allgemeinen Ostströmung und Drehung des Windes nach Westen zu rechnen. Es wird daher vorübergehend zur Milderung der Kälte kommen. Wetterausichten für Freitag: Vorübergehende Milderung des Frostes, in der Ebene tagsüber Tauwetter bei westlichen Winden, meist wollos, höchstens vereinzelt Niederschläge (im Gebirge Schnee).

**WINSCHERMANN G.m.b.H. Kohlengroßhandlung** Stephaniensstr. 94  
Tel. 815, 816, 817  
Gegr. 1848

**Kurze Nachrichten aus Baden**

Hld. Weinheim, 20. Dez. Der bekannte, hier lebende Orientalforscher, Stadtschreiber a. D. Alfred Kaufmann, der Verfasser des Werkes „Ewiges Stromland“ (Land und Leute in Ägypten) bezieht am heutigen Donnerstag seinen 60. Geburtstag. Im Jahre 1927 führte ihn eine Studienreise von neuem nach Ägypten und Palästina. Er ist der Gründer der Ortsgruppe „Ägypten“ der „Vereine der Wissenschaftler“ sowie Vorf. des Landes Südwestdeutschland des Bundes der „Ägyptenfreunde“. Von seinem ungeschwächten Arbeitseifer zeugt es, daß er trotz intensiver Vortragstätigkeit zur Zeit an verschiedenen literarischen Werken arbeitet.

D. Gillingen, 20. Dez. An der neuen Schöllbronner Steig ereigneten sich gestern nachmittag einige gefährliche Rodelunfälle. Ein mit vier Kindern besetzter Schlitten fuhr an der Kurve beim Schützenhaus in voller Wucht in ein daherechendes Rodelbahnwerk hinein. Ein 17jähriger Realschüler schlug mit dem Kopf am linken Vorderrad auf und blieb mit einer schweren Kopfverletzung bewußtlos liegen. Zu gleicher Zeit brach ein Realschüler aus Müppurr bei der Büchelshöhe ein Bein.

D. Freiburg 19. Dez. Im Althaus-Prozess kam es bei den Zeugenvernehmungen, die ein wenig günstiges Bild über die Geschäftsmethoden dieser Aktiengesellschaft geben, zu mehrfachen schweren Zusammenstößen zwischen den einzelnen Prozeßbeteiligten. Als der Angeklagte Schiller sich bei der Vernehmung einer Belastungszeugin, die er um den größten Teil ihrer Habe gebracht hat, herausfordernd benimmt, wird er vom Vorsitzenden in scharfen Worten zurechtgewiesen, der ihm sagt, daß der Angeklagte keine Veranlassung habe, sich über seine Opfer lustig zu machen. Das wird in dem nicht gefüllten Zuschauererraum mit lauten Bravorufen und langanhaltendem Beifall aufgenommen.

D. Ludwigshafen a. Rh., 19. Dez. Am 20. Dezember, nachmittags, beginnt vor dem hiesigen Gericht ein neuer Verespionageprozeß. Die Spionage erstreckt sich wieder auf Geheimnisse der I. G. Farbenindustrie. Der Angeklagte, der 20jährige Friedrich Kreitzer aus Igelheim (Pfalz), hat das Bsch, daß er seinen Geburtstag (20. Dez.) im Gerichtssaal zubringen muß. Er war in Amerika gewesen, kam dann nach Deutschland zurück und zur I. G. Farbenindustrie, wo er als Laboratoriumsarbeiter tätig war. Dort soll er eines der vom vorigen Verespionageprozeß hinreichend bekannten Laboratoriumsbücher gestohlen haben und Rezepte für Nitro-Explosiv- und Nitro-Ladungsprodukte abgeschrieben haben, um sie an amerikanische oder anderen Konkurrenzunternehmen zu verkaufen.

D. Ludwigshafen a. Rh., 20. Dez. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, hat die französische Gärerei in den letzten Tagen in Ludwigshafen den 1898 in Prag geborenen Brauereidirektor Josef Wajaczek, der tschechischer Nationalität ist, unter dem Verdacht der Spionage zu Gunsten des Deutschen Reichs verhaftet und nach Landau in das französische Gefängnis eingeliefert, wo er sich in Einzelhaft befindet.

**Handel und Wirtschaft**  
**Berliner Devisennotierungen**

	20. Dez.		19. Dez.	
	Geiz	Seiz	Geiz	Seiz
Amsterdam 100 G.	168.30	168.73	168.41	168.75
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.94	112.16
Italien . . . 100 L.	21.945	21.985	21.955	21.995
London . . . 1 Pfd.	20.336	20.376	20.343	20.383
New York . . 1 D.	4.1910	4.1900	4.1900	4.1900
Paris . . . 100 Fr.	16.39	16.43	16.40	16.44
Schweiz . . . 100 Fr.	80.79	80.95	80.78	80.94
Wien 100 Schilling	59.035	59.145	59.000	59.12
Prag . . . 100 Kr.	12.422	12.442	12.417	12.427

D. Fuchs, Waggonfabrik A.G., Seibelsberg. Die Generalversammlung genehmigte einstimmig den Abschluß, wonach der Verlust von 166 900 M auf neue Rechnung vorgetragen wird. Wie die Vorliegende ausführte, rühren die Gewinne der Westdeutschen Waggongruppe von deren außerordentlich hoher Auftragsquote her, während die Quote des Seibelsberger Werks mit 8,39 Prozent im Verhältnis zu seiner Leistungsfähigkeit viel zu gering sei. Eine Erhöhung könne erst erfolgen, wenn die Reichsbahn die Gesamtquote für das frühere badische Eisenbahnwerk erweitere. Wenn die Reichsbahn ihren Bedarf entsprechende Aufträge erteilen würde, hätte die ganze deutsche Waggonindustrie ausgiebige Beschäftigung. Mit ihrem jetzigen Auftragsbestand hoffe die Gesellschaft, bis zum Jahreschluß die Belegschaft von 630 Mann beschäftigen zu können. Von den in den letzten Jahren neu aufgenommenen Fabrikationszweigen wolle man die Herstellung von Lastzügen beibehalten. Die Entlohnung dieses Nebenzweiges habe große finanzielle Opfer erfordert.

Joseph Bögele A.G., Mannheim. In der ordentlichen Generalversammlung ging der Vorsitzende, Wilhelm Bögele, ausführlich auf die Gründe der Rationalisierung, insbesondere in der Maschinenindustrie, ein. Die Gesellschaft selbst habe durch ihre Maschinen einen ganz außerordentlichen Erfolg erzielt. Für die weiteren Abteilungen, Eisenbahnbedarf, Maschinen- und Apparatebau, sei man mit der Möglichkeit der Verbilligung bald am Ende, und man werde sich deshalb in größerem Umfang der Herstellung noch anderer Warenartikel zuwenden. Die Dividende wurde von 203 252 (201 704) Reichsmark Reingewinn auf 5 Prozent festgesetzt.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung**  
**Staatsprüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen, März 1929.**  
Die nach Maßgabe der Verordnung des Staatsministeriums vom 17. Mai 1922, die Ausbildung und Prüfung für das Höhere Lehramt an Gewerbeschulen (Amtsblatt 1922, Seite 227/232), abzuhaltende Staatsprüfung wird am **Montag, den 11. März 1929,** vormittags 8 Uhr beginnen.

Gefuche um Zulassung zu dieser Prüfung sind gemäß § 17 a. a. O. unter Beifügung der daselbst verlangten vollständigen Nachweise sowie der Arbeitsbeschriebe bis spätestens **20. Januar 1929** beim diesseitigen Ministerium einzureichen.

In diesem Gesuch sind außerdem die Berufsarten anzuführen, für welche der Bewerberpraktikant hauptsächlich unterrichtet hat. Später einkaufende und unvollständige Gesuche können nicht berücksichtigt werden.

Zu dieser Prüfung werden nur solche Diplomingenieure zugelassen, die gemäß § 4 Ziffer 2 der angeführten Verordnung als Gewerbeschulpraktikanten durch das Unterrichtsministerium einer Gewerbeschule zum praktischen Vorbereitungsdiensit zugewiesen wurden und diese während zweier Schuljahre mit Erfolg abgeleitet haben.

Marienburg, den 17. Dezember 1928.  
Der Minister des Kultus und Unterrichts  
J. B. Dr. Huber

**Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zurruhestellungen usw. der planmäßigen Beamten**

**Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern**  
Genannt:  
Revisionsoberinspektor Wilhelm Hummel beim Bezirksamt Lahr zum Oberrechnungsrat beim Bezirksamt Mannheim.

**Planmäßig angestellt:**  
Verwaltungspraktikant Leonhard Berberich beim Bezirksamt Karlsruhe als Oberreferent; Verwaltungspraktikant Fritz Lohleber beim Bezirksamt Lahr zum Oberreferent; Verwaltungspraktikant Otto Trogus beim Bezirksamt Waldkirch zum Oberreferent; Verwaltungspraktikant Wilhelm Kraft beim Bezirksamt Freiburg als Oberreferent; Verwaltungspraktikant Oskar Rothenhöfer beim Bezirksamt Mannheim zum Verwaltungsreferent.

**Versetzt:**  
Medizinalrat als Bezirksarzt Dr. Hermann Stengel in Lahr in gleicher Eigenschaft nach Pforzheim.

**Lebensbedürfnisverein**

Wir liefern auf Bestellung

**Christstollen nach Dresdner Art**

das Stück zu 1,25, 2 und 3 RM. und noch größer

Bestellungen auf Bäckerei- und Konditoreiwaren werden für die Feiertage **nur bis Freitag abend** in den Verteilungsstellen entgegengenommen, weil sonst keine Gewähr für pünktliche Lieferung gegeben ist.

**Schenkt Lederwaren**

Sie finden **jede** Preislage in einer selten **großen** Auswahl

**Damentaschen**

Brieftaschen | Geldbeutel  
Zigarrenetuis | Schreibmappen  
Aktenmappen | Schulmappen  
Schulranzen | Schreibetuis  
Einkaufsbeutel | Reisesecessaires  
Einrichtungskoffer | Stadtkoffer

Nur Qualitätsware

**Eigene Kofferfabrik**

**Koffer-Müller**  
Karlsruhe i. B.  
Waldstraße 45 | Telephon 2165

**Badisches Landestheater**

Freitag, 21. Dezember  
4. Vorstellung der Schülermiete  
**Genoveva**  
Tragedie von Heibel  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Franendorfer, Schreiner, Fiegler, Bartfeldt, Brand, Dahlen, Gemmele, Graf, Herz, Hiel, Jafoby, Kuhne, Rehner, Brüter, Schneider, Schulze, v. d. Trend  
Anfang 18<sup>1/2</sup>, Ende 21<sup>1/2</sup>, Preise A  
Plätze im 2., 3. und 4. Rang sind für den allgemeinen Verkauf freigehalten  
Samstag, 22. Dezember, nachmittags: Kasperle auf Weihnachtsurlaub. So., 23. Dez., nachm.: Kasperle auf Weihnachtsurlaub, abends: Die Aftonianer. Im Konzerthaus: zum erstenmal: Herr Lamverthier. Di., 25. Dez., Die Meisterfinger von Nürnberg. Im Konzerthaus: Arm wie eine Kirchengaule. Mi., 26. Dez., nachm.: Kasperle auf Weihnachtsurlaub, abends: Neueinstudiert: Boccaccio. Im Konzerthaus: Der Fußballkönig

**TORPEDO**

DEUTSCHE KLEIN SCHREIBMASCHINE

**AUF DEN WEIHNACHTSTISCH**

TORPEDO-FAHRRÄDER U. SCHREIBMASCHINEN  
WEILWERKE A.G. FRANKFURTA MAIN-RODELHEIM  
Auf Wunsch kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung.

Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!  
Unverbindliche Vorführung durch den Hauptvertreter  
**Otto Lampson \* Karlsruhe**  
Büromaschinen - Büroeinrichtungen  
43 Telephon 508 - Friedrichsplatz 10

**Möbel**

Speisezimmer  
Herrnzimmer  
Schlafzimmer  
Küchen  
einzelne Möbelstücke

in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus  
**Maier Weinheimer**  
Karlsruhe Zahlungsrichtung Kronenstr. 32  
Kein Laden, daher billigste Preise 96

Abänderung und Neufeststellung von Baufluchten im Gebiet des ehem. Gottesauer Exerzierplatzes in Karlsruhe.  
Der Stadtrat hier hat die Abänderung und Neufeststellung von Straßen- und Baufluchten im Gebiet des ehemaligen Gottesauer Exerzierplatzes beauftragt.  
Das Nähere ergibt sich aus dem Plan, der nebst Angrenzerverzeichnis 14 Tage lang, vom Tag der Bekanntmachung an, auf der Kanzlei des Stadt. Tiefbauamts zur Einsicht aufliegt. O. 231  
Einsendungen gegen die beabsichtigte Anlage sind spätestens bis 3. Januar 1929 bei Ausfluchtbeurteilen geltend zu machen.  
Karlsruhe, den 15. Dezember 1928. O. 3. 119.  
Bad. Bezirksamt II.

**Badische Lichtspiele \* Konzerthaus**

Freitag, den 21., Samstag, den 22. und Donnerstag, den 27. Dezember, jeweils 20.15 Uhr — Samstag und Donnerstag auch 16 Uhr, Sonntag, den 23., I. und II. Weihnachtsfeierabend nur 16 Uhr, Montag, den 24. Dezember, keine Vorführung

**Das kalte Herz**  
Nach der bekannten Erzählung von Wilh. Hauff  
Dazu:  
Am Ostgestade der Adria u. Wochenschau  
MUSIKBEGLEITUNG 218  
Kartenvorverkauf: Musikhaus F. Müller, Kaiserstr.

**Colosseum**

Das neue Weihnachts-Programm!  
**Spadoni Sisters**  
mit ihrer **Zirkus-Variete-Revue!**

Tägl. 8 Uhr, Sonn- und Festtags 4 und 8 Uhr Vorstellungen

**Nehmen Sie** bitte bei allen Einkäufen und Bestellungen Bezug auf die Anzeigen in der „Karlsruher Zeitung“

**Lesen Bücher**  
Wissen ist Macht!